

**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut

**Band:** 7 (1966)

**Heft:** 5

**Rubrik:** Mitteilungen

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## «Schöne Schweiz, problematische Schweiz»

Unter diesem Titel erschien in der letzten Nummer der Moskauer aussenpolitischen Wochenzeitschrift «Neue Zeit» ein dreiseitiger Beitrag von Sergej Sykow. Er hatte zur Gruppe sowjetischer Journalisten gehört, die Ende letzten Jahres auf Einladung der «Weltwoche» und der «National-Zeitung» eine zweiwöchige Schweizer Reise unternommen hatte. Er war zuvor schon mehrmals als Konferenzberichterstatter in der Schweiz gewesen, betont aber, dass er diesmal einiges dazugelernt habe: «Erst jetzt bot sich mir ein tieferer Einblick in das Leben und Streben des Landes».

Tatsächlich scheint sich der «tiefer Einblick» ausgewirkt zu haben, denn seine Schilderung befindet sich wenigstens über weite Strecken ausserhalb der Klassenkampfklischees, die eigentlich bei einer kommunistischen Beschreibung einer kapitalistischen Gesellschaft vonnöten wären. Gerade die Problematik (z.B. Spannungen zwischen Föderalismus und Zentralismus, Staats- und Privatinvestitionen), die er seinen Lesern darlegt, setzt eine Echtheit der demokratischen Institutionen voraus, um überhaupt als Problematik glaubhaft zu sein.

Obwohl die Gesamtsicht kommunistisch bleibt, können die nachfolgenden Auszüge die Bemühung erkennen lassen, die Problematik eines «kapitalistischen» Landes aus den realen Gegebenheiten heraus zu verstehen:

*«Die schweizerische Verfassung, die auf der Unabhängigkeit der Gemeinden und der Souveränität der Kantone beruht, wird häufig mit einem komplizierten Uhrmechanismus verglichen, der nur dann funktioniert, wenn er durch guten Willen und Bewusstheit der Bürger (der in der Schweiz nicht eben geläufige Ausdruck ist) vielleicht als Uebersetzung von «Conscience civique» zu verstehen, Anm. KB) ausgiebig geölt wird. Die Besonderheit dieses wirklich höchst komplizierten und wohl einzigen Mechanismus besteht darin, dass er sehr viele Triebfedern hat. Eine grosse Feder treibt die Anliegen des Bundes voran, während andere, kleinere, die Interessen der Kantone wahrnehmen, die auf ihre „Unabhängigkeit“ eifrig bedacht sind. Die kleinen Federn ergänzen nicht immer die Funktion der*

*Hauptfeder, sondern wirken ihr häufig vielmehr entgegen...»*

*Im Zuge der späteren Reformen mussten die Kantone wiederholt auf Rechte und Vorrechte verzichten. Aber auch heute noch geniesen sie grosse Selbständigkeit, haben eigene Regierungen, eigene Hauptstädte — formal ist Bern nicht Landeshauptstadt, sondern lediglich „Residenzstadt des Bundesrates“ —; sie haben ferner einen eigenen Haushalt und eine eigene Legislative. In Genf z. B. ist die Kirche vom Staat getrennt, im Nachbarkanton Waadt jedoch nicht. In Zürich gelten andere Schulferien als in Basel oder Schwyz. Acht schweizerische Universitäten unterstehen den Kantonen — nur die Polytechnische Hochschule in Zürich dem Bund —, und jede Universität hat ihre eigenen Statuten. Überall sind Steuern und Abgaben, die Vorschriften für Bodenbenutzung, Wohnungsbau, Jagd, Fischfang verschieden.*

*Natürlich ist kantonale Autonomie ausserstande, die Konzentrierung des Kapitals aufzuhalten. Die Monopole finden Mittel und Wege, um hintenherum die ihnen genehmten Beschlüsse durchzudrücken...»*

Einlässlich besaß sich der Verfasser mit dem Problem der ausländischen Arbeiter und spricht in diesem Zusammenhang von einem «Lokalkolonialismus» (Anführungszeichen auch von ihm). Die Hauptschuld an unbefriedigenden Zuständen wird den Unternehmern zuerkannt, doch wird festgehalten, dass diese notgedrungen zu «gewissen Zugeständnissen» (etwa für Unterkunft) gezwungen seien, dass aber die Italiener trotzdem wegen der Einstellung der Durchschnittsbürger abgesondert leben müssten. Im übrigen scheint es uns immerhin vermerkenswert, dass ein sowjetischer Journalist u.a. auch die Vorurteile der Bevölkerung gegen die katholische Religion der Italiener beanstandet.

Abschliessend ist der Autor doch dafür besorgt, dass der Artikel schön ideologisch ausgerichtet auf hört:

*«Die Gebirgsketten sind ausserstande, das Land von den akuten Problemen abzuschirmen, die sich aus den Gegensätzen des heutigen Kapitalismus ergeben. Die Verschärfung der Konkurrenz und die Konzentrierung des Kapitals wirken sich auf das Leben der Schweiz aus und brechen die alten Traditionen...»*

## Selbstkritik

In einer ausführlichen Selbstkritik vor Parteiaktivisten des DEFA-Studios für Spielfilme hat der Regisseur bekannter DEFA-Filme wie «Der geteilte Himmel», «Lissy», «Stern» und «Professor Mamlock», Konrad Wolf, Vorsitzender des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Kunst und Präsident der Akademie der Künste, seine Haltung gegenüber der Kritik der Partei auf dem 11. Plenum analysiert.

Er habe nach einer Reihe antifaschistischer Filme sein persönliches thematisches Hauptanliegen darin gesehen, Gegenwartsfilme zu drehen, in denen die Notwendigkeit des menschlichen Individuums zum Ausdruck komme, sich für Fortschritt und Sozialismus zu entscheiden. Er sei davon überzeugt, dass dieses Grundthema seiner Filme, «der mit den Mitteln der Kunst offen geführte Kampf gegen geistige Trägheit und Konservatismus, gegen die Illusion, zwischen den Fronten im Niemandsland sein spiessiges individuelles Glück finden zu können, der Aufgabenstellung der Partei entsprach und auch weiterhin entspricht». Er habe seinen persönlichen Einfluss geltend gemacht, um wesentlich mehr Kampfgefährten zu finden, die sich dem schwierigen und komplizierten Thema des Kampfes um Herz und Verstand des Menschen dieser Zeit, der neuen Gesellschaft, zuwenden. Er habe aber «die notwendige Kühnheit, Neues in der

Wechselwirkung zwischen Mensch und Gesellschaft zu entdecken, zu losgelöst von der Klarheit der ideologisch-künstlerischen Konzeption, von der eindeutig parteilichen Mitverantwortung des Künstlers beim Ringen um den einzelnen Menschen einer neuen, hart mit ihrer Entwicklung ringenden sozialistischen Gesellschaft gesehen.» Dabei seien einige «fundamentale politische Notwendigkeiten» verloren gegangen, u.a. die reale Einschätzung der nationalen Lage und «die Einsicht in die Notwendigkeiten des Klassenkampfes».

Zu seiner Haltung gegenüber der Parteorganisation erklärte Konrad Wolf, er habe sich während und nach dem 11. Plenum sehr bemüht, die scharfe kritische Haltung des höchsten Gremiums der Partei nicht zu verstehen, sondern auch zu seiner zutiefst eigenen Sache zu machen. Das sei ihm auf Anhieb nicht gelungen. Einige Freunde und besonders die Feinde hätten gemeint, «darin nun eine schweigende Opposition gegenüber der Partei sehen zu müssen.» «Ich verkenne dabei nicht», sagte Wolf, «dass es Schweiger gibt, die eine offene Auseinandersetzung in der Partei scheuen». Sein Schweigen habe nicht das geringste mit einer Opposition gegenüber den Grundfragen, die das 11. Plenum aufgeworfen habe, zu tun. Er habe in der Partei gelernt, sehr komplizierte Probleme nicht oberflächlich zu erfassen. Das erfordere Zeit und weitere sachliche Auseinandersetzungen.

## Vom Flic geflickt

In der ungarischen Literaturzeitung «Elet es Irodalom» befasste sich die junge Schriftstellerin Erzsébet Galgoczi sehr kritisch mit den Lebensbedingungen auf dem Lande. Unter anderem erzählte sie zum Thema «Genossenschaftsdemokratie» in den Kolchosen folgendes Beispiel:

*«Letzten Sommer wollten die Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft in Györ ihren trunksüchtigen und groben Vorsitzenden ersetzen. Nachdem die Sache viele Monate lang verhandelt worden war, willigten die Bezirksbehörden ein, dass eine Versammlung einberufen würde, um über das Schicksal des Vorsitzenden zu befinden. Dieser beorderte die Polizei zur Veranstaltung. Die blosse Anwesenheit von zwei Gendarmen, die ruhig an der Tür standen, brachte die ganze Versammlung zum Stillschweigen, mit Ausnahme des Vorsitzenden und seiner Verwandten. Er wurde nicht abgesetzt.»*

Ja, ja. Zustände kann es eben geben. Aber nebenbei: Wieso brauchen eigentlich die Kolchosbauern die Einwilligung der Bezirksbehörden, um ihren Vorsitzenden zu wählen? Mir ist, als hätte ich das eigentlich anders gelernt.

## Jugoslawische Fremdarbeiter

Die Jugoslawen werden für die freie Arbeitssuche im Ausland definitiv grünes Licht erhalten. Aus den Vorbereitungen einer gesetzlichen Regelung für die Ausreise hatte man vermutet, dass Belgrad diese Bewegung einzudämmen wünschte. Doch trifft das Gegen teil zu. Jugoslawien will lediglich die Beschäftigung im Ausland auf eine besser organisierte Grundlage stellen, um den halblegalen Praktiken der letzten Zeit ein Ende zu bereiten.

In einem Interview mit der Agentur Tanjug kündigte der jugoslawische Arbeitssekretär Risto Dzunov für die nächsten Monate ein Gesetz oder ein Dekret an, das die Zahl der unkontrollierten Reisen ins Ausland eindämmen soll. Ueber die Beschäftigung jugoslawischer Arbeiter werden zurzeit Verhandlungen nicht nur mit westeuropäischen Ländern, sondern auch mit der Tschechoslowakei geführt. Heute arbeiten 200 000 bis 250 000 Jugoslawen im Ausland, vor allem in Westeuropa.

Nach der Darstellung von Dzunov ist die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in Jugoslawien nicht auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zurückzuführen, sondern vor allem auf die starke Landflucht. Als weiteren Grund nannte er «den grossen Unterschied in den Verdienstmöglichkeiten in Jugosla-

wien und den entwickelten Ländern». Dabei dürfe allerdings nicht vergessen werden, dass dafür die Lebenskosten in Jugoslawien niedriger seien als in den ausländischen Industrienationen.

Um die illegalen oder halblegalen Ausreisen zu unterbinden, hat die Regierung kürzlich das Bundesamt für Beschäftigung eröffnet. Dieses versucht, einige Ordnung in das Anstellungsverhältnis von Jugoslawien zu bringen. Bis jetzt sind zwei Abkommen mit Frankreich und Oesterreich abgeschlossen worden, und ähnliche Regelungen werden mit Schweden, Westdeutschland, der Tschechoslowakei und gewissen andern Ländern gesucht. Neustens soll, laut einem Belgrader Pressebericht, auch Ostdeutschland sein Interesse an jugoslawischen Arbeitskräften bekundet haben.

Gegenwärtig sind die Formalitäten zur Ausreisegenehmigung noch so kompliziert, dass laut «Borba» innerhalb jeder zweiten jugoslawischen Arbeitssuchende das Land als angeblicher Tourist verlässt oder einen privaten Besuch als Grund seiner Reise angibt.

Ein weiteres Problem besteht darin, die Facharbeiter im Lande zurückzuhalten. Für diese würde es genügend Stellen geben, doch suchen sie der besseren Verdienstmöglichkeiten wegen gerne Arbeit im Ausland. Zurzeit befinden sich etwa 30 000 Facharbeiter und Spezialisten im Ausland, vor allem in Westdeutschland.

## Blöde Frage

In der tschechoslowakischen Regionalzeitung «Pochoden» schreibt der Medizinwissenschaftler Otakar Baudys in einem Reisebericht über die UdSSR:

*«Ich habe die UdSSR verschiedentlich besucht, und nach jeder Reise fragen mich die Leute: „Wie sieht das eigentlich dort wirklich aus?“ Es ist bedauerlich, dass man die Frage so stellt.»*

(Der Verfasser stellt anschliessend fest, dass die Bevölkerung nicht so skeptisch fragen würde, wenn sie über die Sowjetunion weniger propagandistisch, dafür aber objektiver und kritischer informiert würde.)

## Die Rationen

Nachdem vorgesehene chinesische Lebensmittellieferungen ausgeblieben sind (siehe KB, Nr. 3), wurde auf Kuba die Rationierung neu geregelt. Im Februar erhielt jeder Kubaner wöchentlich:

350 Gramm Fleisch, 50 Gramm Kaffee, 450 Gramm Kartoffeln, 450 Gramm Manjok aus Afrika, 225 Gramm Trockenbananen. Zu den Wochenrationen erhält der Kubaner zusätzlich je Monat: 50 Gramm Butter, 450 Gramm an-

**ERA**

(Ernst Ramseyer)

### Chemische Kleiderreinigung

Effingersstrasse 111, Bern  
Telephon [031] 25 55 88

reinigt — bügelt — repariert —  
kunststofft

Grafs-Abhol- und -Zustelldienst  
5%-Rabattmarken oder Nettopreise

deres Fett, fünf Eier, drei Kilo Reis, 225 Gramm Trockengemüse, 450 Gramm Maismehl, zwei Kilo Zucker, 250 Gramm Salz und für zwei Personen monatlich eine halbe Flasche Tomatenpüree. Auf die so genannten «gelben Marken» wird vierteljährlich ausgegeben: 500 Gramm Fleisch in Konsernen und 225 Gramm geräucherte Fleischwaren.

An weiteren Verbrauchsgütern gibt es monatlich: Eine kleine Tube Zahnpasta, dazu zwei Stück Zahnsaife, ein Stück Toilettenseife, dazu zwei weitere Stück Tonseife, ein Paket Waschpulver und eine Rolle Toilettentypier. Frei gehandelt werden noch Textilien und Schuhe, doch sind diese Kleidungsstücke von minderer Qualität und überhöht im Preis, so dass sich der Kubaner davon ohnedies nicht reichlich eindecken wird und kann. Auf die quartalsmässige «gelbe Marke» wird außerdem vierteljährlich eine Flasche Mayonnaise ausgegeben. Halbjährlich erhält jede Familie darüberhinaus zwei Flaschen Wein. Geflügel und Frischmilch gibt es nur auf «Spezialkarten» für Alte, Kinder und Funktionäre. Unbeschränkt sind Brot und andere Backwaren in den Geschäften zu kaufen.

## Gesetzliche Freiwilligkeit

In der Bukarester Zeitung «Romania Libera» hat den kürzlichen rumänischen Regierungsbeschluss erläutert, der die Teilnahme der Bürger an Arbeiten von öffentlichem Interesse regelt. Die neue Bestimmung ersetzt das Dekret Nr. 107 vom März 1958, laut welchem

die Bauern verpflichtet waren, einen freiwilligen Beitrag in Geld oder Arbeit zuhanden solcher Werke zu entrichten.

Der jetzige Regierungsbeschluss sieht vor, dass die Bevölkerung (Männer im Alter von 18 bis 45, Frauen von 18 bis 40 Jahren) von Dörfern oder Agglomerationen landwirtschaftlichen Charakters sechs Tage pro Jahr den Arbeiten im öffentlichen Interesse widmen sollen. In erster Linie handelt es sich dabei um den Unterhalt und die Reparaturen von Strassen. Darüberhinaus hat jedes Familienoberhaupt jährlich einen freiwilligen Beitrag von 100 Lei zu entrichten, der für Bau und Unterhalt von Schulen, Klubs, Kindergärten, Sportanlagen usw. bestimmt ist. Da der Beschluss auf die Freiwilligkeit der genannten Leistungen bezug nimmt, ist ihre Beschreibung lediglich als Norm dessen zu verstehen, was die Regierung von den angeführten Personen erwartet.

## In Kürze

In der Ukraine ist ein Kleintraktor auf Luftkissenräulen in Produktion genommen worden. Den Gummi-Luftkissen wird eine grössere Lebensdauer vorausgesagt als den üblichen Stahlgliedern einer Raupenkette. Die Maschine soll insbesondere zur Arbeit auf Weinbergen geeignet sein.

\*

Um in Indien eine Versöhnung der traditionellen Kommunistischen Partei mit der prochinesischen KP zu ermöglichen, soll Moskau zugeblich zurzeit in Erwägung ziehen, den umstrittenen Parteivorsitzenden S. A. Dange fallen zu lassen.

